

#mitreden

Kurzbericht

Wahl-Talk der Diakonie

21.09.2021

Wohin geht das Geld nach der Pandemie – Kinder, Jugendliche, Familien und Frauen erneut die Verlierer?

GÄSTE

Susann Rührich, MdB

SPD Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Meißen

Sylvia Pantel, MdB

CDU Bundesabgeordnete für den Wahlkreis Düsseldorf Süd

Jörg Freese

Beigeordneter - Dezernat V, Deutscher Landkreistag

Input der Fachreferentinnen

Im Rahmen des Programmes des Bundesfamilienministeriums „Corona-Auszeit für Familien“ besucht am Donnerstag, den 23. September 2021

Bundesfamilienministerin Lambrecht das evangelische Erholungs-
Bildungszentrum Wittensee.

Das Programm sieht vor, dass Familien ab Oktober bis Ende Dezember 2022 Familien mit kleinen Einkommen und behinderten Angehörigen eine Woche Urlaub machen können und dafür nur zehn Prozent der Kosten für Unterkunft und Verpflegung zahlen müssen. Zwanzig evangelische Familienferienstätten beteiligen sich an dieser Maßnahme in diesem und im kommenden Jahr.

Was aber die Pandemie vor allem auch „wie in einem Brennglas“ eindringlich gezeigt hat, ist, dass die Kinder, Jugendliche und Familien auf eine krisenfeste, verlässliche Infrastruktur an familienunterstützenden Angeboten die Familienberatung, die Familienbildung und Familienerholung sowie an Bildung, Betreuung und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit angewiesen sind. So haben diese gerade in dieser schwierigen Zeit mit viel Phantasie und neuen Konzepten den Kontakt zu den Familien versucht aufrechtzuerhalten.

Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Belastungen durch die Pandemie werden jedoch Zeit und weitere nachhaltige Maßnahmen brauchen, um die Auswirkungen und Folgen der Corona-Krise auszugleichen und zu überwinden.

Aber gerade aber diese präventiven familienunterstützenden Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie leiden bis heute unter einer prekären Finanzierung. So fließen gerade mal 0,8 % der öffentlichen Ausgaben von 48,5 Mio. in diesen Bereich. Und es stellt sich die Frage, wie es weitergehen kann, angesichts der drohenden Haushaltskrisen, die der Kommunale Finanzreport 2021, im Juli 2021 herausgegeben von der Bertelsmann-Stiftung, prognostiziert.

Zwar haben die Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland im Jahr 2020 trotz der Corona-Krise einen Überschuss erwirtschaftet. Allerdings basiert dieser ausschließlich auf den umfangreichen Hilfen von Bund und Ländern. Ohne diese stünde das größte Defizit der Geschichte in den Haushaltsbüchern, so der Finanzreport.

Zur Verifizierung fehlt es zwar an statistischen Daten. Es gibt aber die gut begründete Befürchtung, dass es 2021 und 2022 ein großes Streichkonzert gibt. So zeigen frühere Erfahrungen, dass insbesondere die sog. Freiwilligen Leistungen „auf der Strecke bleiben“, was fatal wäre angesichts der ohnehin prekären Finanzierung der familienunterstützenden Leistungen (Familienbildung, Familienberatung, Familienerholung)

Wenn man jedoch nun die Wahlprogramme der SPD: Das Zukunftsprogramm. Für was wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben und dass der CDU: Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein neues Deutschland durchforstet, findet man dort wenig Konkretes.

So stellt sich die Frage, wie wollen Sie, als mögliches zukünftiges Mitglied des Deutschen Bundestages, der neuen Bundesregierung zeigen, dass Sie ihr Versprechen einlösen und Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern endlich die Rechte und den Stellenwert in der politischen Debatte einräumen, der ihnen zukommt, wenn es nicht bei leeren Versprechen bleiben soll.

Schwerpunkt liegt bei Frauenhäusern und Fachberatungsstellen für häusliche und sexualisierte Gewalt

Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer Gewalt sind in Deutschland keine Pflichtleistungen, sondern sie werden je nach Priorität, örtlichen Bedürfnissen oder Entwicklungsabsichten eigenverantwortlich in den Kommunen umgesetzt.

Auf dieser Basis haben Länder und Kommunen die Finanzierung geregelt. Je nach Bundesland ist dementsprechend der Zugang zu den Leistungen sehr unterschiedlich ausgestaltet und das Niveau der Angebote äußerst heterogen.

Die Gewaltschutzeinrichtungen arbeiten seit Jahren am Limit und sind unterfinanziert. Es ist ein großes Dilemma, dass die personelle Situation in den Frauenhäusern und Fachberatungsstellen nach wie vor sehr angespannt ist.

Bundesweit gab es schon vor „Corona“ zu wenig Frauenhausplätze. In vielen Städten und Landkreisen gibt es gar keine Frauenhäuser, auch wenn diese Lücken kleiner werden. Es fehlt an bedarfsgerechten Plätzen für solche Frauen, die eine spezifische Ausstattung und Beratung benötigen, z.B. für Frauen mit körperlichen Beeinträchtigungen bzw. Behinderungen

Die Corona-Krise hat die Notwendigkeit und Bedeutung der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen nun sicher mehr als deutlich gezeigt.

Wir schauen leider trotzdem mit Sorge in die Zukunft:

Wie bereits eingangs gesagt, sind Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer Gewalt keine Pflichtleistungen. Ob Länder und Kommunen bereit sind, bei ihren Schuldenlasten überhaupt das bisherige Finanzierungsniveau aufrecht zu erhalten, erscheint sehr fraglich. Ob der Bund wenigstens einen Teil dazu beitragen würde, Lücken zu schließen, angesichts des Umfangs der Neuverschuldung durch „Corona“ nicht weniger.

Es wurde bereits die Frage gestellt, wie es weitergehen kann angesichts der drohenden Haushaltskrise.

Aus der Vergangenheit wissen wir, dass bei kommunalen Haushaltskonsolidierungen auch die Frauenhäuser und die Fachberatungsstellen betroffen sind, dass im Kinderbereich und bei den präventiven Maßnahmen (z.B. Aufklärungsarbeit in Schulen) gekürzt wird. Die Beratungszeiten werden auf ein Minimum geschrumpft. Frauenhäuser zu Schutzwohnungen umgewidmet.

Das heißt, Kürzungen auf Kosten der gewaltbetroffenen Frauen und deren Kinder.

Was wollen Sie tun, um dies zu verhindern?

ANSPRECHPARTNERINNEN

Doris Beneke

Zentrumsleitung | Zentrum Kinder, Jugend, Familie und Frauen
doris.beneke@diakonie.de

Ulrike Gebelein

Fachreferentin Kinderpolitik, Familienförderung und Familienerholung
ulrike.gebelein@diakonie.de

Johanna Thie

Fachreferentin Hilfen für Frauen Schwerpunkt Gewaltschutz bzw. Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer Gewalt
Johanna.thie@diakonie.de

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Str.1 | 10115 Berlin
T +49 30 65211-0 | F +49 30 65211-3333
www.diakonie.de